



# VERTRAG

über die Lieferung eines multifunktionalen Geräteträgers mit Anbaugerät Streuer

zwischen

den **Stadtwerken Wittlich**

vertreten durch den Werkleiter Martin Kurzweil

Schloßstraße 11

54516 Wittlich

- nachfolgend: „**Auftraggeber**“ -

und



- nachfolgend: „**Auftragnehmer**“ -

- nachfolgend gemeinsam: „**Parteien**“ -

**Information:**

Der Name des obsiegenden Bieters wird hier ergänzt!

## INHALTSVERZEICHNIS

§ 1	Gegenstand des Vertrages.....	4
§ 2	Vertragsgrundlagen.....	5
§ 3	Leistungen des Auftragnehmers.....	6
§ 4	Leistungen des Auftraggebers.....	7
§ 5	Überprüfung der vertragsgemäßen Ausführung .....	8
§ 6	Lieferzeitraum und Fristen.....	8
§ 7	Abnahme.....	9
§ 8	Eigentumsübergang .....	10
§ 9	Vergütung .....	11
§ 10	Zahlungsbedingungen.....	11
§ 11	Vertragsstörungen und Leistungshindernisse.....	12
§ 12	Arbeits- und Umweltschutz, Tariftreuepflicht.....	13
§ 13	Gewährleistung und Garantie.....	14
§ 14	Gewährleistungszeit und Haftung.....	14
§ 15	Beseitigung von Mängeln .....	16
§ 16	Sachverständiger .....	17
§ 17	Vertragsstrafen.....	17
§ 18	Inkrafttreten, Dauer und Kündigung.....	18
§ 19	Wettbewerbsbeschränkungen / Antikorruptionsklausel.....	20
§ 20	Datenschutz .....	21
§ 21	Verschwiegenheitsverpflichtung .....	21
§ 22	Nachvertragliche Pflichten.....	22
§ 23	Gerichtsstand/Erfüllungsort .....	23
§ 24	Salvatorische Klausel.....	23

## **PRÄAMBEL**

Der Auftraggeber, die Stadt Wittlich, gehört als kreisangehörige Stadt zum Landkreis Bernkastel-Wittlich hatte Ende Dezember 2024 etwa 19.720 Einwohner.

Die Stadtwerke Wittlich sind ein Eigenbetrieb der Stadt Wittlich nach der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung Rheinland-Pfalz. Die Stadtwerke Wittlich umfassen die Betriebszweige Wasserversorgung, Abwasserbeseitigungseinrichtung und Servicebetrieb. Dem Servicebetrieb ist der Bauhof, der Tiefbau, die Straßenreinigung sowie das Friedhofswesen zuzuordnen.

Da sich in dem Servicebetrieb der Stadtwerke Wittlich der Bedarf eines multifunktionalen Geräteträgers mit Streuer für den ganzjährigen kommunalen Einsatz ergeben hat, hat der Auftraggeber in einem europaweiten Vergabeverfahren den Auftrag über die Beschaffung eines multifunktionalen Geräteträgers mit Streuer ausgeschrieben.

Der Auftragnehmer hat sich im Rahmen dieses Verfahrens beteiligt und das wirtschaftlichste Angebot gelegt. Er hat daraufhin den Zuschlag erhalten.

Der Auftragnehmer übernimmt die Lieferung des multifunktionalen Geräteträgers mit Streuer.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien Folgendes:

## § 1

### Gegenstand des Vertrages

- (1) Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer auf der Grundlage der Vergabeunterlagen gemäß **Anlage 1** sowie seines Angebotes nach **Anlage 2** mit der Lieferung eines multifunktionalen Geräteträgers mit Anbaugerät Streuer
- (2) Der Auftragnehmer übernimmt die Herstellung, Inbetriebsetzung und Lieferung von einem für den Servicebetrieb betriebsbereiten multifunktionalen Geräteträger in Übereinstimmung mit den Vergabeunterlagen gemäß **Anlage 1** sowie seinem Angebot gemäß **Anlage 2** geltenden Anforderungen unter Einhaltung der in diesem Vertrag geregelten Vorgaben und sonstigen Anforderungen.
- (3) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass während des Fahrzeuglebenszyklus (12 Jahre) eine Werkstatt (Niederlassung des Herstellers, eine autorisierte Vertragswerkstatt oder eine anderweitig autorisierte Fachwerkstatt), in Straßenentfernung bis zu maximal 75 km vom Servicebetrieb des Auftraggebers vorhanden ist. In der Werkstatt sind auch die Gewerke Karosserie- und Lackierarbeiten sowie Wartung/Instandhaltung der Klimaanlage vorzuhalten. Ebenso müssen auch die erforderlichen Wartungen und Reparaturen an den elektrischen Komponenten insbesondere den Hochvoltkomponenten durchgeführt werden können. Dies setzt u. a. eine entsprechende Ausstattung der Werkstatt sowie die fachliche Qualifikation des Personals voraus.
- (4) Darüber hinaus übernimmt der Auftragnehmer alle erforderlichen Personalschulungen für die Werkstattmitarbeiter und Fahrdienstmitarbeiter des Auftraggebers gemäß den Vorgaben des Lastenhefts, welches Teil der Vergabeunterlagen nach **Anlage 1** dieses Vertrages sind.
- (5) Die einzelnen Komponenten des vom Auftragnehmer zu liefernden Fahrzeugs müssen ein vollständiges, in sich geschlossenes System bilden, welches als Ganzes uneingeschränkt funktionsfähig ist. Alle in diesem Vertrag und dessen Anlagen nicht im Einzelnen spezifizierten Komponenten der Lieferung / Leistung, die aber zur Funktion und zum langfristigen Erhalt eines Fahrzeuges als Ganzes notwendig sind, werden vom vereinbarten Lieferungs- und Leistungsumfang miterfasst.

- (6) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle Leistungen zu erbringen, die zur Umsetzung der vertragsgegenständlichen Leistungen erforderlich sind, auch wenn sie in diesem Vertrag nicht gesondert aufgeführt sind.
- (7) Der Auftragnehmer hat die Vorgaben dieses Vertrages und seiner Anlagen vor Abgabe seines Angebotes sorgfältig dahingehend geprüft, dass sie den Vertragszielen entsprechen, keine Fehler, Widersprüche oder Unzulänglichkeiten aufweisen.

## § 2

### Vertragsgrundlagen

- (1) Das in den Vergabeunterlagen enthaltene Lastenheft nach **Anlage 1** ist Vertragsbestandteil und durch den Auftragnehmer in ihren einschlägigen Bestimmungen bei der Leistungserbringung vollständig zu erfüllen bzw. einzuhalten. Dasselbe gilt, vorbehaltlich der Regelung in dem folgenden Abs. 2, für das im Rahmen dieses Vergabeverfahrens eingereichte letztverbindliche Angebot des Auftragnehmers.
- (2) Grundlagen dieses Vertrages und maßgebend für den Leistungsumfang des Auftragnehmers sind darüber hinaus die einschlägigen zwingenden Bestimmungen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Rheinland-Pfalz sowie – vorbehaltlich der Regelungen dieses Vertrages und seiner Anlagen – die folgenden Regelungen in der bei Vertragsschluss jeweils geltenden Fassung in der folgenden Reihenfolge:
  - a) Das Lastenheft sowie die weiteren Vergabeunterlagen und weiteren Angaben aus dem Vergabeverfahren nach **Anlage 1**;
  - b) das Angebot des Auftragnehmers nach **Anlage 2**;
  - c) die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der jeweils gültigen Fassung;
  - d) die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.

- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich ferner, bei der Ausführung der Leistungen die Bestimmungen des Landestariftreuegesetzes Rheinland-Pfalz (LTTG RLP) zu beachten.
- (4) Unterlagen wie Protokolle oder Korrespondenz sind nicht Vertragsbestandteil, soweit sie nicht in diesem Vertrag und den Vertragsanlagen ausdrücklich erwähnt werden. Sie sind allenfalls mit zeitlicher Rangfolge (neu vor alt) unter Beachtung der Regelung „*speziell vor allgemein*“ zur Auslegung des Vertrages heranzuziehen.
- (5) Allgemeine Geschäfts-, Liefer- und/oder Vertragsbedingungen des Auftragnehmers sind nicht Vertragsbestandteil, auch wenn diesen nicht explizit widersprochen wurde.
- (6) Soweit in diesem Vertrag und seinen Anlagen auf Normen, Regelwerke, Richtlinien, Verwaltungsvorschriften sowie sonstige Bestimmungen verwiesen wird, hat der Auftragnehmer diese jeweils in der aktuell geltenden Fassung anzuwenden. Sollten einzelne Bestimmungen nicht mehr bestehen bzw. aufgehoben worden sein, hat der Auftragnehmer die jeweiligen Nachfolgeregelungen in der aktuellen Fassung anzuwenden. Falls keine Nachfolgeregelungen bestehen, wird der Auftragnehmer vergleichbare Bestimmungen für die Vertragserfüllung heranziehen.

### § 3

#### Leistungen des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer führt seine Leistungen unter Einhaltung aller in den Vergabeunterlagen und insbesondere in dem Lastenheft (**Anlage 1**) genannten Vorgaben sowie gemäß dem von ihm unterbreiteten Angebot (**Anlage 2**) aus.
- (2) Der Auftragnehmer steht insbesondere verschuldensunabhängig für die Einhaltung der in § 6 vorgegebenen Liefer- und Ausführungsfristen ein.
- (3) Der vom Auftragnehmer fertig gestellte und zu liefernde Geräteträger mit Anbaugerät Streuer muss die nachfolgenden Vorgaben erfüllen:
  - a) Die Vorgaben aus den Vergabeunterlagen nach **Anlage 1** sowie seines Angebotes nach **Anlage 2** sind eingehalten.

- b) Das Fahrzeug verfügt über alle zur vertraglich vorgesehenen Nutzung notwendigen Zulassungen und Genehmigungen.
  - c) Dem Fahrzeug liegt die nach dem Lastenheft geforderte Dokumentation bei.
- (4) Der Auftragnehmer hat alle zur Erfüllung seiner Leistungspflichten notwendigen Einrichtungen und sachlichen und personellen Voraussetzungen selbst zu schaffen und für die Dauer des Vertrages zu unterhalten.
  - (5) Die Leistungen des Auftragnehmers sind in engem Zusammenwirken mit dem Auftraggeber auszuführen. Der Auftragnehmer ist stets zur Wahrung der Interessen des Auftraggebers verpflichtet.
  - (6) Der Auftragnehmer hat einen Vertreter zu benennen, der in allen Angelegenheiten, die die Durchführung dieses Vertrages betreffen, gegenüber dem Auftraggeber und gegenüber von der Leistungserbringung betroffenen Dritten uneingeschränkt bevollmächtigt ist.

#### **§ 4**

##### **Leistungen des Auftraggebers**

- (1) Der Auftraggeber unterstützt den Auftragnehmer im Rahmen des Zumutbaren bei der Abwicklung des Auftrages. Er stellt dem Auftragnehmer insbesondere sämtliche von ihm für die Lieferleistung benötigten Informationen rechtzeitig zur Verfügung und unterstützt den Auftragnehmer bei Bedarf bei auftretenden Schwierigkeiten.
- (2) Der Auftraggeber benennt dem Auftragnehmer einen Vertreter, der als Ansprechpartner zur Verfügung steht und für die Durchführung dieses Vertrages uneingeschränkt bevollmächtigt ist.
- (3) Der Auftragnehmer kann Rechte aus der Unterlassung einer der Mitwirkungspflichten nur geltend machen, wenn er den Auftraggeber zuvor schriftlich zur Vornahme der betreffenden Handlung innerhalb einer angemessenen Frist aufgefordert hat.

## § 5

### Überprüfung der vertragsgemäßen Ausführung

- (1) Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die Leistungen dieses Vertrages zeitgerecht und ordnungsgemäß erfüllt werden können.
- (2) Der Auftraggeber kann sich jederzeit von der vertragsgemäßen Ausführung der geschuldeten Leistungen überzeugen. Hierzu räumt der Auftragnehmer dem Auftraggeber das Recht ein, dessen Produktionsstätten nach vorheriger Anmeldung zu besichtigen.
- (3) Der Auftraggeber darf insbesondere prüfen, ob Abweichungen gegenüber den Vorgaben nach dem Lastenheft sowie Qualitätsmängel vorliegen und diese in angemessener Art (auch durch eigene Bildaufnahmen) dokumentieren (sog. Recht auf Prüfung). Auf Wunsch sind dem Auftraggeber auch Einsichtnahmen in den Auftrag betreffenden technischen Unterlagen und Terminpläne vom Auftragnehmer zu gestatten.
- (4) Wenn der Auftraggeber zu einem Zeitpunkt vor der Abnahme feststellt, dass geleistete Arbeiten oder gelieferte Materialien nicht vertrags- oder fristgemäß oder fehlerhaft sind, so ist der Auftragnehmer verpflichtet, die angegebenen Mängel auf seine Kosten bis zur Abnahme zu beseitigen. Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer nachweisen kann, dass die Mängelrüge unberechtigt war.

## § 6

### Lieferzeitraum und Fristen

- (1) Folgender Lieferzeitraum ist vorgesehen:

...

<b>Information:</b>	Die Lieferfrist wird nach Maßgabe des letztverbindlichen Angebots des Auftragnehmers ergänzt.
---------------------	---

- (2) Der Auftragnehmer ist für die Einhaltung der Lieferfrist verantwortlich. Die Einhaltung der Lieferfrist ist mit einer Vertragsstrafe (§ 17) belegt. Den Lieferzeitpunkt hat der Auftragnehmer in **Anlage 2** – Lieferzeit Angebotsblätter anzugeben.



- (3) Die Lieferung ist dem Auftraggeber mindestens 10 Werktage vorher schriftlich anzukündigen. Die Lieferung erfolgt werktags zwischen 8.00 Uhr und 16.00 Uhr, sofern zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer nichts Abweichendes vereinbart wurde.
- (4) Die Lieferfrist ist angemessen zu verlängern, wenn der Auftragnehmer an der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung unverschuldet behindert wird. Die Behinderung ist dann unverschuldet, wenn sie durch einen vom Auftraggeber zu vertretenden Umstand eintritt. Die Behinderung ist ferner unverschuldet, wenn sie durch höhere Gewalt oder andere für den Auftragnehmer unabwendbare Zustände wie Krieg, Aufruhr, Naturkatastrophen, Pandemien oder durch Streik eintritt. Auf solche Behinderungen kann sich der Auftragnehmer nur berufen, wenn er dies dem Auftraggeber unverzüglich in Textform gemäß § 126b BGB angezeigt hat. Er hat die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen, sobald die Behinderung nicht mehr besteht.
- (5) Verzögert sich der Liefertermin durch das Verschulden des Auftraggebers, so ist er dem Auftragnehmer zum Ersatz der nachgewiesenen Mehrkosten verpflichtet. Verzögert sich der Liefertermin durch Verzug des Auftragnehmers, gilt § 17.

## § 7

### Abnahme

- (1) Die Parteien werden eine förmliche Abnahme der Leistungen des Auftragnehmers durchführen. Der Geräteträger sowie das Anbaugerät Streuer werden gesondert, insbesondere nach den Vorgaben des Lastenhefts (**Anlage 1**), abgenommen. Die Abnahme durch schlüssiges oder konkludentes Handeln oder eine stillschweigende Abnahme sind ausgeschlossen. § 640 Abs. 2 BGB findet keine Anwendung.
- (2) Die Parteien fertigen über die Abnahme ein schriftliches Protokoll an, in dem der Befund und das Ergebnis des Termins einschließlich des Mängelbefunds und Vorbehalte des Auftraggebers und Einwendungen/Widersprüche des Auftragnehmers aufzunehmen sind. Das Protokoll ist von beiden Parteien zu unterzeichnen.
- (3) Alle festgestellten wesentlichen und unwesentlichen Mängel werden einschließlich der Fristen zu ihrer Beseitigung in dem Abnahmeprotokoll nach Abs. 2 festgehalten. Die

Abnahme ist nach Behebung der wesentlichen Mängel innerhalb angemessener Frist zu wiederholen. Sofern nur unwesentliche Mängel festgestellt werden, die einer Abnahme nicht entgegenstehen, ist die Abnahme durch den Auftraggeber schriftlich zu protokollieren. Das Protokoll ist unter Angabe des Datums des Abnahmeversuchs durch die von den Vertragsparteien jeweils mit der Durchführung der Abnahmeprüfung beauftragten Person zu unterzeichnen.

- (4) Die Kosten der Abnahme trägt der Auftragnehmer.
- (5) Das Zurückbehaltungsrecht des Auftraggebers nach § 641 Abs. 3 BGB bleibt unberührt.

## **§ 8**

### **Eigentumsübergang**

- (1) Das Eigentum an den Vertragsgegenständen geht mit Erklärung der Abnahme nach § 8 dieses Vertrages durch den Auftraggeber vom Auftragnehmer auf den Auftraggeber über.
- (2) Der Auftragnehmer übereignet die Vertragsgegenstände unmittelbar an den Auftraggeber.
- (3) Das Fahrzeug und Anbaugerät sind kostenfrei an folgende Adresse anzuliefern:

**Stadtwerke Wittlich**  
**Servicebetrieb, Bauhof**  
**Rudolf-Diesel-Straße 21**  
**54516 Wittlich**

- (4) Mehrkosten wegen einer nicht eingehaltenen Versandvorschrift oder für eine zur Einhaltung eines Liefertermins etwa notwendigen beschleunigten Beförderung sind vom Auftragnehmer zu tragen. Sofern nichts anderes vereinbart wurde, sind der Transport zum vereinbarten Anlieferungsort und das Abladen ausschließlich Sache des Auftragnehmers.
- (5) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle Einzelheiten der Anlieferung mit dem Auftraggeber rechtzeitig abzustimmen. Die Versandbereitschaft des Fahrzeugs sowie des Anbaugeräts

ist dem Auftraggeber rechtzeitig schriftlich anzuzeigen. Hierbei sind alle Unterlagen, die nach diesem Vertrag jeweils zusammen mit dem Geräteträger übergeben werden müssen beizufügen.

## **§ 9**

### **Vergütung**

- (1) Der Preis für den multifunktionalen Geräteträger mit Anbaugerät Streuer beläuft sich auf einen Betrag in Höhe von

**[...] € (netto)**

<b>Information:</b>	Die Vergütung wird nach dem letztverbindlichen Angebot des ob-siegenden Bieters hier ergänzt.
---------------------	---

Die genannte Vergütung ergibt sich aus der geforderten Gesamtausstattung nach den Vorgaben des Lastenhefts und versteht sich als Festpreis einschließlich aller unter Um-ständen anfallenden Kosten (z.B. Prüfbuch) bei Lieferung nach Maßgabe des § 6.

- (2) Die Vergütung schließt Nachforderungen jeglicher Art aus. Die Vergütung ist nur dann anzupassen, wenn der Auftragnehmer aufgrund eines schriftlichen Auftrages des Auftrag-gebers eine andere oder eine zusätzliche Leistung, die nicht Vertragsgegenstand ist, er-bringt. Sonstige Abweichungen von den Leistungen des Auftragnehmers führen nicht zur Änderung der Vergütung.
- (3) Der Auftragnehmer hat etwaige Überzahlungen unverzüglich zurückzuzahlen. Er verzich-tet ausdrücklich darauf, sich auf einen Wegfall der Bereicherung zu berufen.

## **§ 10**

### **Zahlungsbedingungen**

- (1) Zahlungen aus diesem Vertrag erfolgen nur unbar gegen Rechnung.

- (2) Die Rechnungsstellung erfolgt nach erfolgter Erklärung der Abnahme nach § 7 dieses Vertrages elektronisch per E-Mail an:

**rechnungseingang@stadtwerke.wittlich.de**

In den Rechnungen ist die gesetzliche Umsatzsteuer gesondert auszuweisen.

- (3) Der Auftraggeber leistet die in der Rechnung ausgewiesene Vergütung binnen 14 Werktagen durch Überweisung auf das folgende Konto des Auftragnehmers:

Kontoinhaber: [..]

IBAN: [..]

BIC: [..]

<b>Information:</b>	Die Kontodaten des obsiegenden Bieters werden hier ergänzt.
---------------------	---

- (4) Als Zeit der Zahlung gilt der Tag der Abgabe der Absendung des Zahlungsauftrages an ein Geldinstitut.
- (5) Der Auftragnehmer darf Vergütungsforderungen aus diesem Vertrag nur nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers abtreten.

## **§ 11**

### **Vertragsstörungen und Leistungshindernisse**

- (1) Im Falle einer Nicht- oder Schlechterfüllung des Vertrages gelten die gesetzlichen Regelungen, einschließlich §§ 377, 379 HGB, unbeschadet der sonstigen Regelungen dieses Vertrages.
- (2) Der Auftragnehmer haftet für die sach- und vertragsgerechte Ausführung der ihm übertragenen Leistungen. Erbringt der Auftragnehmer (Teil-)Leistungen nicht in der vertraglich geschuldeten Qualität, ist der Auftraggeber zur Zurückweisung der (Teil-)Leistung als nicht vertragsgemäß berechtigt. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber von allen Ansprüchen freizuhalten, die Dritte aus einem vom Auftragnehmer zu vertretenden Gründen gegen den Auftraggeber erheben.

- (3) Glaubt sich der Auftragnehmer in der ordnungsgemäßen Ausführung der Leistung behindert, hat er dies dem Auftraggeber unter Angabe der Gründe unverzüglich schriftlich anzuzeigen (Behinderungsanzeige) und das weitere Vorgehen mit dem Auftraggeber abzustimmen. Können die vorgesehenen Fristen für die geschuldeten Leistungen nicht eingehalten werden, hat der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber unter Angabe der Gründe unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

## **§ 12**

### **Arbeits- und Umweltschutz, Tariftreuepflicht**

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet dafür zu sorgen, dass bei den auszuführenden Arbeiten alle geltenden Vorschriften und Bestimmungen eingehalten werden. In diesem Zusammenhang anfallende Kosten trägt der Auftragnehmer.
- (2) Der Auftragnehmer ist weiter verpflichtet, alle Unfallverhütungs-, Schutz-, Sicherheits-, Güter-, Bau- und sonstige für die Beschaffenheit und Nutzung maßgeblichen Vorschriften, Richtlinien und Normen zu beachten und die vereinbarten technischen Daten zu erfüllen. Der Auftragnehmer gewährleistet die Verwendung erprobter, ungebrauchter, mängelfreier, normgerechter und zugelassener Materialien und Bauteile. Er wird dem Auftraggeber auf dessen Verlangen den entsprechenden Nachweis erbringen.
- (3) Für alle Fahrzeugteile, Montagen, Hilfsmittel u. ä. sind die in Deutschland geltenden Umweltschutzvorschriften zu beachten. Alle verwendeten Stoffe müssen den in Deutschland geltenden Zulassungsbestimmungen entsprechen. In diesem Zusammenhang anfallende Kosten trägt der Auftragnehmer.
- (4) Der Auftragnehmer ist zudem verpflichtet,
- a) seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung der vertraglichen Leistungen mindestens das in das in Rheinland-Pfalz für diese Leistungen in einem einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifvertrag vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zahlen und während der Ausführungslaufzeit Änderungen nachvollziehen;

- b) Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis der anzuwendenden Lohn- und Gehaltstarife kalkuliert sein können, lit. a) gilt gleichermaßen;
  - c) vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen;
- (5) Im Falle einer grob fahrlässigen oder vorsätzlichen und erheblichen Nichterfüllung der Verpflichtungen nach den vorstehenden Absätzen 1 bis 4 ist der Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt.

### **§ 13**

#### **Gewährleistung und Garantie**

- (1) Der Auftragnehmer sichert dem Auftraggeber die in dem Lastenheft genannten Eigenschaften im Sinne einer vertraglichen Sollbeschaffenheit ausdrücklich zu.
- (2) Die Garantie ist nach Wahl des Auftraggebers gerichtet auf die kostenlose Nachbesserung durch den Auftragnehmer oder die Übernahme der Kosten für eine vom Auftraggeber durchgeführte Nachbesserung. Falls eine Nachbesserung nicht möglich ist, ist die Garantie auf die Beschaffung eines gleichwertigen Ersatzfahrzeuges gerichtet.
- (3) Softwareupdates sind dem Auftraggeber während der gesamten Nutzungszeit eines Fahrzeuges, maximal jedoch 15 Jahre, kostenlos zur Verfügung zu stellen.

### **§ 14**

#### **Gewährleistungszeit und Haftung**

- (1) Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Sachmängeln beginnt mit der Endabnahme der Leistung und endet nach dem Ablauf von 24 Monaten, soweit sich aus der Garantie nach § 13 oder den im letztverbindlichen Angebot des Auftragnehmers (**Anlage 2**) weiter

genannten Wartungsvorschriften, Mängelansprüche und deren Verjährung sowie Kulanzregelungen (Mindestanforderungen) nichts anderes ergibt. Darüber hinaus gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

- (2) Der Auftragnehmer haftet bis zum Ablauf der Gewährleistungszeit für Mängel an eigenen Teilen oder Leistungen und diejenigen seiner Unterlieferanten.
- (3) Der Auftragnehmer ist für die Einhaltung aller für diesen Liefervertrag und sich hieraus ergebenden Leistungen einschlägigen Bestimmungen und behördlichen Anordnungen verantwortlich.
- (4) Der Auftragnehmer hat ferner eine Haftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen für Einzelschadensfälle abzuschließen und bis zur Beendigung seiner Leistungen aufrecht zu erhalten:
  - a) Für Personenschäden: 2,0 Mio. € sowie
  - b) Für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden): 2,0 Mio. €
- (5) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber das Bestehen der vertragsgemäßen Haftpflichtversicherung auf Verlangen nachzuweisen. Dies erfolgt durch die Vorlage einer Bestätigung des Versicherungsunternehmens, aus der sich Art der Versicherung und Höhe der Versicherungssumme ergeben. Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen Anzeige verpflichtet, wenn und so weit der Versicherungsschutz in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht oder in Frage gestellt ist. Der Auftragnehmer sichert bei Vertragsschluss zu, dass die Mindestdeckungssummen mindestens zweifach für die gesamte Vertragslaufzeit zur Verfügung stehen. Legt der Auftragnehmer den Versicherungsnachweis nicht fristgerecht vor, ist der Auftraggeber nach Ablauf einer gesetzten Nachfrist von zwei Wochen mit Kündigungsandrohung zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt. Unabhängig davon, werden die nach diesem Vertrag an den Auftragnehmer zu leistenden Zahlungen nicht fällig, bevor dieser die Eindeckung und/oder die Aufrechterhaltung des Versicherungsschutzes nachgewiesen hat.
- (6) Wird der Auftraggeber von Dritten wegen Schäden, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, in Anspruch genommen, stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber von diesen

Ansprüchen frei. Der Auftraggeber ist verpflichtet, den Auftragnehmer unverzüglich über die Geltendmachung etwaiger Ansprüche zu informieren

## **§ 15**

### **Beseitigung von Mängeln**

- (1) Während der Gewährleistungszeit nach § 14 oder im Rahmen der Garantie nach § 13 gerügte Mängel des Fahrzeuges, zu denen z. B. fehlerhafte Arbeit, mangelhafte Werkstoffe, Konstruktionsfehler und die Nichteinhaltung vereinbarter Beschaffungsmerkmale gehören, hat der Auftraggeber nach Aufforderung unverzüglich und unentgeltlich einschließlich Nebenkosten, z. B. Frachten, zu beseitigen. Hierzu gehören u. a. Ursachenermittlung, Konstruktionsänderungen, Beschaffung der erforderlichen Teile und ihr Aus- und Einbau am bereitgestellten Fahrzeug.
- (2) Kommt der Auftraggeber der Aufforderung zur Beseitigung der gerügten Mängel binnen einer angemessenen Frist nicht nach, so ist der Auftraggeber berechtigt, die Mängel nach vorhergehender Ankündigung zu Lasten des Auftragnehmers zu beseitigen oder beseitigen zu lassen.
- (3) Unwesentliche Mängel kann der Auftraggeber im Interesse einer ungestörten Nutzung ohne vorherige Mitteilung selbst beseitigen und den Auftragnehmer mit den Kosten für die Aufwendungen belasten, ohne dass hierdurch dessen Gewährleistungspflicht nach § 14 berührt wird.
- (4) Der Auftragnehmer ist während der Gewährleistungszeit nach § 14 oder im Rahmen der Garantie nach § 13 verpflichtet, mit der Beseitigung der vom Auftraggeber gemeldeten Mängel spätestens 48 Stunden nach Eingang der Meldung zu beginnen.
- (5) Sollte die Beseitigung der Mängel länger als 30 Kalendertage in Anspruch nehmen, verlängert sich die Gewährleistungsfrist für das Gesamtfahrzeug um den Nachbesserungszeitraum.
- (6) Bei endgültigem Fehlschlagen, Verweigerung, Verspätung der Nachbesserung oder Neulieferung steht dem Auftraggeber das Recht zu, Schadensersatz wegen Nichterfüllung zu



verlangen und/oder vom Auftrag teilweise in Bezug auf das mangelhafte Fahrzeug zurückzutreten.

- (7) Die Nachbesserung gilt endgültig als fehlgeschlagen, wenn der dritte Nachbesserungsversuch erfolglos geblieben ist. Das Recht auf Schadensersatz steht dem Auftraggeber gegenüber dem Auftragnehmer auch für den Teil des Auftrages zu, der von einem Dritten erbracht wurde, auf Grund des Verschuldens des Auftragnehmers jedoch nicht genutzt werden kann..

## **§ 16**

### **Sachverständiger**

- (1) Bei Streitigkeiten zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer über die Ausführung der Leistung kann ein Sachverständiger hinzugezogen werden.
- (2) Über die Auswahl des Sachverständigen entscheidet der Auftraggeber im Benehmen mit dem Auftragnehmer. Die zur Beauftragung erforderlichen Unterlagen sind vom Auftragnehmer bereitzustellen.
- (3) Die Beauftragung erfolgt durch den Auftraggeber, der auch die Kosten der Beauftragung trägt. Die Ergebnisse des Sachverständigen sind der weiteren Ausführung der Leistung zugrunde zu legen.

## **§ 17**

### **Vertragsstrafen**

- (1) Der Auftragnehmer hat für jede vollendete Woche, um die sich der zwischen den Parteien festgelegte Termin zur Lieferung des Fahrzeuges verzögert, eine Vertragsstrafe in Höhe von jeweils 2 % des Nettovertragspreises § 9 Abs. 1 dieses Vertrages zu bezahlen, es sei denn, der Auftragnehmer oder einer seiner Erfüllungsgehilfen hat die Verzögerung nicht zu vertreten. Der Auftragnehmer hat die verzögerte Zulassung ebenso zu vertreten wie Ursachen in der Sphäre von Subunternehmern und Lieferanten.

- (2) Auf eine später verwirkte Vertragsstrafe werden jeweils bereits verwirkte Vertragsstrafen angerechnet. Der Höchstsatz der Vertragsstrafe aus diesem Vertrag beträgt insgesamt maximal 5 % des Gesamtauftragswertes (Vergütung nach § 9 Abs. 1 dieses Vertrages).
- (3) Eine etwaige Vertragsstrafe ist unabhängig vom Nachweis eines tatsächlichen Schadens zu bezahlen. Weitergehende Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt. Schadensersatzansprüche erstrecken sich unter Anrechnung der Vertragsstrafe auf sämtliche Schäden des Auftraggebers. Soweit Vertragsfristen einvernehmlich neu festgelegt werden, knüpft die vorstehende Vertragsstrafenregelung an die neuen Fristen an, ohne dass es hierzu einer erneuten besonderen Vereinbarung hinsichtlich der Vertragsstrafenregelung bedarf. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass eine vom Auftraggeber nicht zu vertretende Verzögerung eintritt. § 341 Abs. 3 BGB wird ausgeschlossen.
- (4) Die Annahme einer verspäteten Leistung durch den Auftraggeber stellt ausdrücklich keinen Verzicht auf die Vertragsstrafe oder etwaige Schadensersatzansprüche dar.
- (5) Die Bezahlung einer Vertragsstrafe entbindet den Auftragnehmer nicht von der rechtzeitigen Erfüllung seiner Pflichten unter diesem Vertrag.
- (6) Das Recht des Auftraggebers zur Geltendmachung eines Schadensersatzes, der über die Vertragsstrafe hinausgeht, bleibt unberührt. Der Auftraggeber ist berechtigt, mit einer Vertragsstrafe gegen Werklohnforderungen des Auftragnehmers aufzurechnen.

## **§ 18**

### **Inkrafttreten, Dauer und Kündigung**

- (1) Der vorliegende Vertrag tritt am Tag der Unterschrift der Parteien oder durch einseitige Zuschlagserteilung durch den Auftraggeber in Kraft und endet nach vollständiger Erbringung der Leistungen durch den Auftragnehmer. Nach Inkrafttreten des Vertrages hat der Auftragnehmer unverzüglich mit den nach den Vergabeunterlagen zu erbringenden Leistungen zu beginnen.
- (2) Auftraggeber und Auftragnehmer können diesen Vertrag nur aus wichtigem Grund (§ 314 BGB) ganz oder zum Teil kündigen. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn Tatsachen gegeben sind, auf Grund derer dem kündigenden Vertragspartner unter Berücksichtigung aller

Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der Interessen der Parteien die Fortsetzung des Vertrags nicht zugemutet werden kann.

- (3) Der Auftraggeber hat insbesondere dann ein Recht zur außerordentlichen Kündigung, wenn
- a) der Auftragnehmer in schwerwiegender Weise gegen Bestimmungen dieses Vertrages verstößt, der Verstoß trotz schriftlicher Abmahnung mit angemessener Fristsetzung nicht behoben wird und dem Auftragnehmer in dem Abmahnungsschreiben für den Fall für dessen Nichtbeachtung eine fristlose Kündigung dieses Vertrages angekündigt hat,
  - b) ein Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftragnehmers gestellt, dieser nicht innerhalb eines Monats zurückgenommen wird und ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Auftragnehmers eröffnet wird oder eine Verfahrensabweisung mangels Masse erfolgt, oder
  - c) die Beseitigung eines Mangels trotz dreimaliger Nachbesserung durch den Auftragnehmer nicht erfolgreich war.
- (4) Eine Kündigung aus wichtigem Grund erfolgt mit sofortiger Wirkung, sofern der Kündigende keine abweichende Bestimmung trifft. Jede Kündigung bedarf der Schriftform.
- (5) Wird aus einem Grund gekündigt, den der Auftraggeber zu vertreten hat, so finden die §§ 9 Nr. 2 Abs. 2 VOL/B bzw. 648 BGB Anwendung.
- (6) Wird aus einem Grund gekündigt, den keiner der Vertragspartner zu vertreten hat, so erhält der Auftragnehmer eine Vergütung für die bis dahin erbrachten, in sich abgeschlossenen, nachgewiesenen und vertragsgemäßen (Teil-)Leistungen und Ersatz für die im Rahmen des Vertrages darüber hinaus gehenden notwendigen und nachweisbar bis zur Kündigung entstandenen Kosten für weitere Leistungen.
- (7) Wird aus einem Grund gekündigt, den der Auftragnehmer zu vertreten hat, so erhält er die Vergütung für seine bis zur Kündigung erbrachten, in sich abgeschlossenen, nachgewiesenen und vertragsgemäßen Einzelleistungen nur, soweit der Auftraggeber für die Leistung des Auftragnehmers Verwendung hat. Die nicht verwendbare Leistung wird dem

Auftragnehmer auf dessen Kosten zurückgewährt. Die sonstigen Rechte des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer bleiben unberührt.

- (8) Der Auftraggeber kann ohne Setzung einer Frist vom Vertrag zurücktreten, wenn der Auftragnehmer den vertragsgegenständlichen multifunktionalen Geräteträger nebst Anbaugerät Streuer nach den Vorgaben des Lastenhefts nicht spätestens sechs Monate nach der vereinbarten Lieferfrist nach § 6 Abs. 1 dieses Vertrages vollständig und mangelfrei an den Auftraggeber übergeben hat.

## **§ 19**

### **Wettbewerbsbeschränkungen / Antikorrptionsklausel**

- (1) Unbeschadet sonstiger Kündigungs- und Rücktrittsrechte ist der Auftraggeber gem. § 314 BGB berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Auftragnehmer oder seine Mitarbeiter
- a) aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt.
  - b) dem Auftraggeber oder dessen Mitarbeitern oder von diesem beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, oder ihnen nahestehenden Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, anbietet, verspricht oder gewährt.
  - c) gegenüber dem Auftraggeber, dessen Mitarbeitern oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 StGB (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen.
- (2) Wenn der Auftragnehmer nachweislich Handlungen Abs. 1 lit. a) vorgenommen hat, ist er dem Auftraggeber zu einem pauschalen Schadensersatz in Höhe von 5 Prozent der

Abrechnungssumme verpflichtet, es sei denn ein Schaden in anderer Höhe wird nachgewiesen. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt oder bereits erfüllt ist.

## **§ 20**

### **Datenschutz**

- (1) Der Auftragnehmer bestätigt dem Auftraggeber, insbesondere folgende datenschutzrechtlich verpflichtende Maßnahmen durchgeführt zu haben:
- Verpflichtung der Mitarbeiter zur Vertraulichkeit im Sinne der Art. 5. Abs. 1 lit. a und b, 28 Abs. 3 lit. b, 32 Abs. 4, 29 DS-GVO.
  - Vorhaltung und Pflege eines Verzeichnisses von Verarbeitungstätigkeiten gemäß Art. 30 DS-GVO.
  - Vorhalten und regelmäßige Pflege von technisch-organisatorischen Maßnahmen gemäß Art. 32 DS-GVO.
  - Vorhalten eines Konzepts (z.B. Incident-Response-Management) zur Einhaltung der Melde- und Reaktionspflichten gemäß Art. 33, 34 DS-GVO.
- (2) Erfordert eine Tätigkeit des Auftragnehmers für den Auftraggeber die Verarbeitung (vgl. Art. 4 Nr. 2 DS-GVO) von personenbezogenen Daten von Mitarbeitern, Kunden, etc., oder besteht im Rahmen der Tätigkeit die Möglichkeit der Kenntnisnahme (insbesondere durch einen möglichen Zugriff auf personenbezogene Daten), werden der Auftraggeber und der Auftragnehmer einen Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Art. 28 DS-GVO nebst dazugehöriger technisch-organisatorischer Maßnahmen vor Beginn der entsprechenden Tätigkeit abschließen.

## **§ 21**

### **Verschwiegenheitsverpflichtung**

- (1) Dem Auftragnehmer ist es gestattet, das Projekt und die Projekthinhalte als Referenz zu benennen und nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers in üblicher Form zu veröffentlichen.

- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Informationen, von denen er im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber oder eine andere mit dem Auftraggeber verbundene Gesellschaft Kenntnis erlangt, streng vertraulich zu behandeln.
- (3) Sämtliche im Rahmen dieses Vertrages und seiner Bestandteile zugänglich gemachten Informationen und Dokumentationen sind vertraulich zu behandeln und durch den Auftragnehmer Dritten nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers weiterzuleiten. Die Weitergabe von Unterlagen und Informationen an die Nachunternehmer unterliegt denselben Beschränkungen.
- (4) Grundsätzlich muss der Auftragnehmer sämtliche seiner Nachunternehmer ebenfalls zur Vertraulichkeit verpflichten. Ein Verstoß gegen diese Verschwiegenheitspflicht stellt für den Auftraggeber einen außerordentlichen Kündigungsgrund dieses Vertrages im Sinne des § 18 Abs. 3 lit. a) dar.
- (5) Die vorstehenden Regelungen gelten in jedem Fall auch dann, wenn dieser Vertrag – gleich aus welchen Gründen – vorzeitig beendet wird.

## **§ 22**

### **Nachvertragliche Pflichten**

- (1) Der Auftragnehmer wird alle etwaigen sich bei Prüfungsverfahren öffentlicher Stellen ergebenden Prüfungsmitteilungen, soweit sie mit seinen Leistungen aus diesem Vertrag in Zusammenhang stehen, binnen 5 Jahren nach Beendigung des Vertrages ohne besondere Vergütung bearbeiten und zum Abschluss bringen.
- (2) Nach diesem Zeitpunkt kann der Auftragnehmer für die Bearbeitung von Prüfungsmitteilungen eine übliche und angemessene Vergütung nach Zeitaufwand verlangen, soweit er dort enthaltene Beanstandungen nicht zu vertreten hat.

## § 23

### Gerichtsstand/Erfüllungsort

Gerichtsstand und Erfüllungsort für alle aus und / oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag etwa in Zukunft zwischen dem Auftraggeber sowie der Auftragnehmer auftretenden Auseinandersetzungen jedweder Art ist – soweit sich nicht aus zwingenden gesetzlichen Gründen etwas anderes ergibt – Wittlich.

## § 24

### Salvatorische Klausel

- (1) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages nichtig bzw. rechtsunwirksam sein oder werden, so wird die Rechtsgültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die nichtige bzw. rechtsunwirksame Bestimmung rückwirkend zum Zeitpunkt der Unwirksamkeit durch eine andere zu ersetzen, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Vertragsparteien wirtschaftlich gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrages gewollt haben würden. Gleiches gilt für den Fall einer Vertragslücke.
- (2) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen, soweit nicht die notarielle Beurkundung erforderlich ist, der Schriftform. Dies gilt auch für den Verzicht auf das Schriftformerfordernis. Mündliche Abreden haben keine Gültigkeit.
- (3) Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber unverzüglich etwaige Änderungen seiner gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse mit.
- (4) Die Übertragung der Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag durch eine Vertragspartei auf einen Rechtsnachfolger bedarf der Zustimmung der jeweils anderen Vertragspartei. Die Zustimmung darf nur verweigert werden, wenn der Rechtsnachfolger nicht die sichere Gewähr für die Erfüllung des Vertrages bietet oder wenn ein anderer wichtiger Grund die Erteilung der Zustimmung als unzumutbar erscheinen lässt. Die Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn die Rechte und Pflichten auf ein Unternehmen übertragen werden, das mit einer der Vertragsparteien im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbunden ist. Dies betrifft auch die Übertragung auf eine Tochtergesellschaft.

- (5) Beide Vertragsparteien erklären, dass bei Streitigkeiten die gütliche Einigung den Vorrang haben soll.
- (6) Ein Streitfall berechtigt den Auftragnehmer nicht, die Arbeiten zu unterbrechen.

Wittlich, den ...

..... den ...

\_\_\_\_\_  
...

\_\_\_\_\_  
...

...

...

für den Auftraggeber

für den Auftragnehmer



## ANLAGENSPIEGEL

**Anlage 1:** Vergabeunterlagen sowie die weiteren Angaben und Unterlagen aus dem Vergabeverfahren

**Anlage 2:** Letztverbindliches Angebot des Auftragnehmers

ENTWURF